

Als Frauen 1918 die Wahlen entschieden

Wie zwei Lehrerinnen für umfassende Gleichstellung stritten

Herford (HK). Der 26. November 1918 ist ein besonderes Datum in der Herforder Stadtgeschichte. An diesem Tag fand im überfüllten evangelischen Vereinshaus die erste politische Frauenversammlung statt. Die vereinigten Frauenvereine hatten das Treffen organisiert. Von „schwungvollen und begeisternden Worten aus klugem Frauenmunde“ berichtete die örtliche Presse. Die Bielefelder Historikerin Bärbel Sunderbrink hat vor dem Herforder Geschichtsverein an diese Zeit erinnert.

„100 Jahre Frauenwahlrecht“ war das Thema ihres Vortrags in der kleinen Markthalle vor einem 50-köpfigen Publikum. Sunderbrink fasste darin den Forschungsstand über das Geschehen in Ostwestfalen-Lippe in den Monaten nach dem Kriegsende zusammen.

Am 12. November 1918 hatte der von der SPD beherrschte Rat der Volksbeauftragten die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle Frauen ab 20 Jahre verkündet. Neun Wochen später fand die erste Wahl statt. Eine ungeheure Politisierung setzte ein. Frauen stellten 54 Prozent der Wahlberechtigten. Sie würden die Wahl entscheiden.

Das Frauenwahlrecht war nicht vom Himmel gefallen, wie die Historikerin betonte. Es könne auch nicht nur als Belohnung für die Millionen von Frauen verstanden werden, die während des Krieges in Abwesenheit der Männer in großer Selbstständigkeit die Wirtschaft aufrechterhielten.

Bereits in der Endphase des Kaiserreichs hatten sich reichsweit, auch in OWL, Initiativen für das Frauenwahlrecht gebildet. Vor allem gebildete Frauen, allen voran Lehrerinnen, aus dem liberalen Bürgertum engagierten sich. Und in der SPD kämpften Männer und Frauen ohnehin, zumindest programmatisch, bereits seit Jahrzehnten für die Gleichstellung der Geschlechter. Aber längst nicht alle, auch nicht alle Frauen, teilten dieses Ziel. Dass die Frauen noch nicht reif seien für die Wahlurne, war noch der harmloseste Einwand. Für das konservative Lager, unterstützt von den Kirchen, widersprach das Frauenwahlrecht prinzipiell der natürlichen Ordnung der Geschlechter.

Nach Sunderbrinks Bericht gaben in der Frauenrechtsfrage im

Bürgertum vor allem Angehörige der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei den Ton an. Für Persönlichkeiten wie Dr. Marie Voß und Dr. Annemarie Morisse, beides Lehrerinnen, ging es nicht nur um das Wahlrecht. Sie stritten für umfassende Gleichstellung auch in Familie und Beruf. Sie reisten durch die Lande, warben für ihre Positionen, sprachen auf Versammlungen.

Bärbel Sunderbrink warb dafür, den politisch aktiven, mutigen Frauen aus der ostwestfälischen Regionalgeschichte der Demokratie mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Mit der in der Weimarer Zeit in OWL sozialisierten Sozialdemokratin Frieda Nadig aus Herford, später eine der fünf Mütter des Grundgesetzes, ist das inzwischen geschehen.



Annemarie Morisse stritt für die Gleichstellung.



Historikerin Bärbel Sunderbrink aus Bielefeld.